

bei dem Getreidereferenten Christian Möller inzwischen wie Sauerteig gequollen. Möller fuhr den holsteinischen Bäckereien mit einem ausgeklügelten Formular „Antrag auf Zahlung eines Zuschusses aus der Bäckerausgleichskasse“ in die Schmuggel-Bilanzen. Er verlangt jeweilige Bestandsangaben über nicht nur Roggen-, sondern auch Weizenschrot.

Von Amts wegen werden dann grafische Kurven angefertigt, die — wenn sie zu plötzlich steil im Bereich der subventionierten Backmittel ansteigen — prompt eine Betriebsprüfung nach sich ziehen. Möller: „Wir sind dahinter her, wie der Teufel hinter der Seele.“

Monatlich werden in Schleswig-Holstein 984 000 DM Brotsubventionen gezahlt. Einige hunderttausend Mark davon sind schon an unberechtigt empfangenen Subventionsgeldern zurückkassiert worden. Laut Kieler Regierungsanordnung mit drei Prozent Verzinsung über dem jeweiligen Diskontsatz der Landeszentralbank vom Tage der Überweisung ab gerechnet.

Nach dem Muster aus Schleswig-Holstein hat jetzt Bonn auch für die anderen Länder Fragebogen mit den Fußangeln über die Mehlbestandsangaben eingeführt. Doch sie reichen nicht aus, um den Brotaustausch völlig zu verhindern. Und Hamburgs Bäcker behaupten weiter, ihr Umsatz an eingebackenem Schwarzbrot sei durch das Einschmuggeln aus Schleswig-Holstein um 50 Prozent zurückgegangen. So reden alle Seiten von Rückgang, obwohl der Handel über die Elbgrenze blüht.

Um das norddeutsche Schwarz-Brotgeschäft abzustoppen, das allmählich in die Millionen geht, versuchen alle Beteiligten jetzt noch einmal zu verhandeln. In die Außenstelle des Ernährungsministeriums Schleswig-Holstein in Hamburg wurden geladen:

- Regierungsvertreter der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen,
- die Vorstände der Bäckerinnungen dieser Länder,
- die Interessenvertreter der Brotindustrie.

Alle erschienen, bis auf die Hamburger Bäckerinnung. Sie tat desinteressiert, obwohl sie mit 50 Prozent Verkaufsverlust auf dem Schwarzbrotsektor am meisten betroffen sein will.

Schleswig-Holsteins Getreidereferent Christian Möller wiederholte seinen Vorschlag, in allen drei Ländern mit einem gleichlautenden Erlaß den Schmuggelring zu sprengen. Inhalt etwa:

- Schleswig-holsteinische Betriebe dürfen das schleswig-holsteinische Konsumbrot (Schwarzbrot) nicht in die Länder Hamburg und Niedersachsen liefern.
- Hamburger und niedersächsische Betriebe dürfen das in Hamburg und Niedersachsen vorgeschriebene Konsumbrot (Mischbrot) nicht nach Schleswig-Holstein liefern.
- Für Brot, das den Bestimmungen für Konsumbrot des Empfängerlandes nicht entspricht, dürfen Subventionen nicht beantragt und gezahlt werden.

Dagegen schlugen Hamburg und Niedersachsen vor, Schleswig-Holsteins Bevölkering möge doch auch endlich das Adenauerche Mischbrot essen und das ganze Problem sei gelöst. Die Verhandlungen wurden ohne endgültige Lösung beendet.

Seitdem vergilbt Christian Möllers Broterlaß in Bonner Schubfächern, aus denen stattdessen monatlich über 20 Millionen DM Subventionen gezahlt werden. Auch für Brot, das trotz Kontrollen weiterhin gewinnbringend über die Elbe geschmuggelt wird.

## X-FALL

### Eine Art Scheinregierung

Erst diese Wichtigkeit, und nun erfährt man nicht einmal wer zu dem engeren Kreis der Auserwählten gehört“, wundert sich Sowjetzonen-Flüchtling, Ost-Oberregierungsrat a. D. und Dipl.-Landwirt Hugo Schell in Kiel darüber, daß er seit Wochen keine Nachricht mehr über seine Vorschläge zur Stellenbesetzung für den X-Fall bekommt.

Noch am 24. März hatte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in seiner Westberliner Nebenstelle, Bundesallee 216/218, erklärt:

„Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß dieser Tag X rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für alle Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein.“



Präpariert für den X-Tag  
Gesamtdeutscher Planer Gleitze

Als Tag X bezeichnet Bundesminister Kaiser den schwerlich genau zu terminierenden Tag der gesamtdeutschen Wiedervereinigung. Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme ist so gut wie fertig. Es fehlt — nach der Unterzeichnung des Generalvertrages durch Bundeskanzler Adenauer — nur die Gelegenheit, ihn in der Praxis anzuwenden.

Im März, um dieselbe Zeit, als Minister Kaiser seine hochgespannten Hoffnungen für den X-Tag aussprach, hatte der Ostflüchtling Schell, der bis 1950 dem aus der Magdeburg-Buckauer Eisenindustrie stammenden SED-Landwirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt, Ernst Brand, die Agrar-Anbaupläne frisierte, einen erfreulichen Brief aus Westberlin erhalten.

Da schrieb ihm — sagt Schell — sein früherer Vorgesetzter, der ebenfalls aus der Sowjetzone geflüchtete ehemalige Leiter der Hauptabteilung Statistik und Planung im sowjetzonalen Ministerium für

Land- und Forstwirtschaft, Professor Dr. rer. pol. Immanuel Fauser: Dies irae, dies illae. Der X-Tag sei nicht mehr allzu fern. Dafür müsse rechtzeitig Vorsorge getroffen werden.

Schließlich sei es nicht gleichgültig, wer nach der Ablösung des SED-Regimes in der Magdeburger Börde die Zuckerrübenträge taxiere oder die Rapsglanzkäfer bekämpfe. Kurzum: Schell möge sich darauf präparieren, nach dem X-Tag die Leitung der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt zu übernehmen.

Und weiter: Der ehemalige Ost-Oberregierungsrat solle schon jetzt befähigte Mitarbeiter an ihn, Professor Fauser, mitalden. Schell, der heute bei der Außenstelle Kiel der Siedlungs- und Treuhandgesellschaft Schleswig-Holstein sein Brot verdient, schaltete schnell ein und trommelte Réveille unter den vom SED-Regime Verdrängten: „Präpariert Euch für den X-Tag.“

Schell: „Es kommen aber nur Leute in Frage, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Genaue Kenntnis der sowjetzonalen Verhältnisse,
- qualifizierte Fachkenntnisse,
- charakterliche Elite.

Aber nicht jeder seiner Briefe an Bekannte und Freunde unter den geflüchteten ehemaligen Verwaltungsfunktionären der Sowjetzone löste Zustimmung aus.

„Ich bin doch wohl schon zu alt für so etwas“, meinte ein ehemaliger Forstrat, den Schell für den Thüringer Wald keilen wollte. Aber die meisten angeschriebenen Bekannten aus Schells DDR-Praktikum gingen mit seiner X-Tag-Strategie einform.

Schell: „Um kein Chaos zu vermeiden, müssen Leute mit der Fähigkeit, kurz und schnell selbst zu entscheiden, sofort am ersten Tag der Wiedervereinigung die Spitzen des (russischen) SMA-Apparates übernehmen.“

„Denn für die ersten Wochen muß mit diesem stehenden und eingearbeiteten Apparat zunächst einmal weitergearbeitet werden, bis dann in der Zwischenzeit etwas Neues geschaffen wird.“

Schell versah seine X-Tag-Aspiranten vorsichtshalber gleich mit differenzierten Charakternoten „sicher“ oder nur „halbsicher“. Nach diesem Ausleseprinzip reichte Dipl.-Landwirt Hugo Schell seine Vorschläge an seinen früheren Ost-Chef Professor Fauser nach Berlin weiter. Was daraus geworden ist, weiß er bis heute noch nicht.

Schell weiß, daß er nur als kleines Rädchen im großen Mechanismus des X-Apparates rotierte. Die Werbung des gesamtdeutschen Ministeriums für den Ost-einsatz im X-Falle ist nicht brandneu. Schon Ende vergangenen Jahres bekam ein hoher Ministerialbeamter der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung die mündliche Flüster-Offerte, ob ihm nicht — im Falle der Wiedervereinigung — an einem besseren Job, vielleicht als Landesminister, in der dann verwaltungsreformierten ehemaligen Sowjetzone gelegen sei.

Wichtigster Bestandteil des X-Apparates ist der am 24. März dieses Jahres gegründete „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“, mit Dienstsitz in Westberlin. Er soll ein detailliertes Sofortprogramm für alle Überleitungsmaßnahmen im Falle der Machtübernahme in der Sowjetzone ausarbeiten.

Die Idee, vorher die siebenmal gesiebte personelle Auslese zu treffen (damit es nachher keinen Streit darüber gibt, wer etwa Bürgermeister in sächsischen Zschonau oder Landrat im brandenburgischen Kreis Westhavelland werden soll), geht auf die Initiative des Forschungsbeirats-Mit-

glieds Professor Dr. rer. pol. Fauser zurück, der auch die Werbebriefe („auf Privatbriefbogen“) an Hugo Schell geschrieben hatte.

Professor Fauser sagt von sich selbst: „Manche Kollegen halten die Personalfrage für zweitrangig. Ich selbst halte sie für entscheidend. Dabei habe ich zunächst noch kurz getreten, um bei den zur Zeit teilweise brachliegenden geflüchteten Kollegen nicht allzu viele Hoffnungen zu wecken.“

Trotzdem kam bei der Westberliner Filiale des Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen (im internen Dienstgebrauch „Abteilung X“ genannt) — durch die Kollektivhilfe aller Beteiligten — eine lange Liste von Namen zusammen, die — laufend erweitert, verändert und ergänzt wird. In Bonn existiert — nach Auskunft des Kaiser-Ministeriums — von der Liste nur ein Exemplar, „das abwechselnd von Bundesminister Jakob Kaiser und seinem Staatssekretär Thedieck benutzt wird“.

Aus den Spitzenkandidaten dieser Personalliste und den führenden Mitgliedern des Forschungsbeirats rekrutiert sich — nach Ansicht von Jakob Kaisers Bonner Ministerialbürokraten — „eine Art Schattenregierung, die nur auf den X-Tag wartet“.

Zum Forschungsbeirat, der unter der Patronage des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Berliner Zentralbank<sup>\*)</sup>, Dr. Friedrich Ernst (CDU), steht, gehören außer Professor Immanuel Fauser noch:

- Professor Dr. Matthias Kramer, Dipl.-Landwirt, 59; während des NS-Regimes Sachverständiger der Deutschen Industriebank in Berlin, dann Vizepräsident und Hauptabteilungsleiter der sowjetzonalen Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Sowjetzonenflüchtling, heute Dozent für Agrarpolitik an der Westberliner Freien Universität (parteilos).
- Professor Dr. Rudolf Meimberg, nach 1945 bei der sowjetzonalen Deutschen Zentralverwaltung für Industrie, heute Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung bei der Berliner Zentralbank (parteilos).
- Professor Dr. Karl-Christian Thalheim, 52, von 1942 bis 1946 ordentlicher Professor und Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts an der Leipziger Universität, heute Leiter der Berliner Außenstelle des Bonner Instituts für Raumforschung (FDP).
- Dr. rer. pol. Franz Rupp, 50, nach dem Krieg Referent bei der sowjetzonalen Deutschen Zentralverwaltung für Industrie, später Wirtschaftsredakteur bei der amerikanischen „Neuen Zeitung“, heute Leiter des Westberliner NWDR-Funkhauses und Dozent an der deutschen Hochschule für Politik in Westberlin (parteilos).
- Last not least: der Wirtschaftsexperte des Königsteiner Kreises<sup>\*\*</sup>), Professor Dr. Bruno Gleitze, nach 1945 Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an Ostberlins Humboldt-Universität und Präsident der Deutschen Verwaltung für Statistik in der Sowjetzone (früher SED, heute SPD).

Er hat heute als Abteilungsleiter im Berlin-Dahlemer Institut für Wirtschaftsforschung die Hand am Puls des sowjetzonalen Fünfjahres-Plans und stellt, auf Grund seiner Ost-Informationsquellen, folgende Diagnose: „Je länger der X-Tag auf sich warten läßt, desto schwieriger wird die wirtschaftliche Angleichung.“

<sup>\*)</sup> Die Berliner Zentralbank ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und das Westberliner Pendant zu den Landeszentralbanken in der Bundesrepublik.

<sup>\*\*</sup> Zum Königsteiner Kreis gehören 12 geflüchtete Ostzonenminister; ferner zahlreiche ebenfalls aus der Sowjetzone geflohene Juristen und Verwaltungsbeamte.

Gleitze erklärt das mit der tiefgreifenden Differenzierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in der Sowjetzone, „der einseitigen Orientierung des ostzonalen Produktionssolls nach den Bedürfnissen des Ostblocks, ohne Rücksicht auf die Investitionskosten, die zugunsten von echten oder getarnten Reparationslieferungen auf den Endpreis der allgemeinen Konsumgüter für die Bevölkerung umgelegt werden.“

Weiter: „Aus den differenzierten Preisüberhöhungen gegenüber dem westdeutschen Preisniveau ergeben sich dann entsprechende Kaufkraftsenkungen. Dieses Zurückbleiben der sowjetzonalen Kaufkraft gegenüber der westdeutschen ist identisch mit einer Geldentwertung der DM-Ost gegenüber der DM-West.“

„Berücksichtigt man den Preisanstieg, den geringeren Gebietsumfang der Sowjetzone, aber auch ihre starke Vorratsentblößung, verglichen mit dem westdeutschen Ausgangsstand im Falle einer Wiedervereinigung, dann wird man den Betrag, um



Das Chaos verhindern  
Bereit für Osteinsatz: Hugo Schell

den die Vorräte der sowjetzonalen Wirtschaft heute hinter dem normalen Stand zurückbleiben, mit einer Größenordnung von fünf Milliarden DM veranschlagen können.“

Also müßten nach Gleitze im X-Fall erst einmal für fünf Milliarden Halbfabrikate und Fertigwaren in die dann liquidierte Sowjetzone eingeschleust werden, um das bisherige ökonomische West-Ostgefälle einigermaßen zu nivellieren.

Weitere X-Tag-Probleme nach Wirtschaftsanalytiker Gleitze sind:

- „Was soll nach der Wiedervereinigung aus der viertel Million Arbeiter werden, die zur Zeit im unrentablen Uranbergbau im Sperrbezirk von Aue beschäftigt sind?“
- „Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um skrupellosen West-Geschäftsleuten, die allen Ramsch und jeden Ladenhüter in das warenhungrige Gebiet jenseits der Elbe schleusen würden, das Handwerk zu legen?“
- „Was wird aus den volkseigenen Betrieben und dem unter Neubauern auf-

geteilten früheren groß-agrarischen Grundbesitz?“

An der letzten Frage entzündete sich der ganze Forschungsbeirat, einschließlich des „erweiterten Kreises“ der „Schattenregierung“, in den die politischen Parteien noch folgende Vertreter delegierten:

- Die CDU: Dr. Gradl, Geschäftsführer des Berliner Kaiser-Organs „Der Tag“; ferner Dr. Robert Tillmanns, MdB, Vorsitzenden des Landesverbandes der CDU Berlin;
- die SPD: Dr. Seume, Vizepräsident der (West)-Berliner Zentralbank; ferner Dr. Baersch, MdB;
- die FDP: Dr. Preusker, MdB; ferner Dr. Conrad, Senator in Berlin-W;
- die DP: Dr. von Merkat, MdB; ferner Rechtsanwalt v. Heynitz.

Außerdem delegierte der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen noch seinen Vorsitzenden Herbert Wehner (SPD) in den Forschungsbeirat, der Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft den Vorsitzenden des Vorstandes der AEG, Baurat Dr.-Ing. Spennrath, der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen außenpolitischen Referenten, SPD-Genossen Ludwig Rosenberg, und der Deutsche Bauernverband den ehemaligen Großgrundbesitzer aus Hinterpomern, Friedrich Karl v. Zitzewitz-Muttrin.

Aus der soziologischen Spannweite des vorbereitenden Regierungs-Kuratoriums — von DGB-Rosenberg am linken Sozialisierungsfügel bis zur rechten grünen Flanke des Herrn Friedrich Karl v. Zitzewitz aus Muttrin bei Stolp (vor der Vertreibung aus dem Osten 2654 ha Grundbesitz) — resultieren die Debattenkämpfe in den bisherigen Sitzungen, bevor überhaupt an eine gesamtdeutsche Wiedervereinigung zu denken ist.

Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler wollen auch nach einem Tag X die sowjetzonale Industrie- und Bodenreform ebenso beibehalten, wie die

- Maschinenausleihstationen (MAS),
- volkseigenen Güter und die
- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).

Mit der Begründung: Es kann auf keinen Fall alles rückgängig gemacht werden, was mit Hilfe der Russen — wenn auch mit anderen Spekulationsabsichten — „in sozialfortschrittlicher Beziehung durchgesetzt wurde.“

Als letztes Faustpfand gegen die Reprivatisierung der enteigneten Großbetriebe in der Sowjetzone hat der sozialdemokratisch beeinflusste Deutsche Gewerkschaftsbund noch ein weiteres Mittel in petto:

Der DGB hat durch Strohmannen den größten Teil der Aktien der in der Sowjetzone enteigneten Aktiengesellschaften aufkaufen lassen. Da diese unter der Hand vagabundierenden Aktien zur Zeit gar keinen realen Handelswert haben (weil die Aktienbesitzer nach ostzonalem Recht als enteignet gelten), werden sie in Westberlin für ein Butterbrot abgestoßen.

Im X-Fall einer gesamtdeutschen Wiedervereinigung aber ließe sich vom gewerkschaftlichen Aktienbesitz her, wenn die politischen Machtmittel nicht ausreichen, ein kollektiver Besitzanspruch der Gewerkschaften auf die betreffenden volkseigenen Betriebe herleiten.

Sie würden also dann entweder Regiebetriebe des Gewerkschaftsbundes werden oder — falls die SPD mächtiger wäre als der Bundesvorstand des DGB — weiterhin sozialisierte „volkseigene Betriebe“ bleiben und damit Muster für eine von der SPD auch in Westdeutschland angestrebte Sozialisierung sein (SPIEGEL 24/52).

SPD-Chef Kurt Schumacher fand dafür eine rabulistische Erklärung: „Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und Restauration früherer Verhältnisse ab\*.“

Vorläufig gehen aber alle diese Spekulationen nicht auf, denn nach der Unterzeichnung des Generalvertrages durch Konrad Adenauer sind sogar die optimistischen X-Tag-Sachbearbeiter des Kaiser-Ministeriums (die im März den spätesten X-Tag auf den 1. 10. 1952 terminierten) der Ansicht, daß es noch sehr lange dauern kann, bis — wenn überhaupt — die „Scheinregierungsliste“ in die engere Wahl gezogen wird.

## BIELEFELD

### Diese Dinge zu genießen

Der Stadtrechtsrat von Bielefeld, Georg Graf von Baudissin, ein 52jähriger, distinguiert Herr und passionierter Schachspieler, der Amtsvorsteher Bredenbeck und die Fürsorgerin Fräulein Helene Asholt, eine würdige Dame an der Schwelle des Alters, haben eine Reise hinter sich, die sie an Örtlichkeiten führte, von deren Besuch sonst nur bei allerengsten geschlossenen Herrenabenden berichtet zu werden pflegt. Sie besuchten die Straßen des Lasters in den Städten Frankfurt, Köln, Dortmund und Bochum.

In Bielefelds historisch-kühlem Ratskeller wird nun das Ergebnis des mehrtägigen Trips der drei Persönlichkeiten in Rats- und Ausschusssitzungen diskutiert, wenn auch, der Delikatesse der aufgesuchten Plätze wegen, diskret und vor der Öffentlichkeit verborgen.

Weil es in Bielefeld bisher überhaupt keine öffentliche Regelung der käuflichen Liebe gibt, war die dreiköpfige Gesellschaft von den Bielefelder Ratsherren zu intimen Studien auf die Reise geschickt worden. Die rund 40 konzessionierten Bielefelderinnen, um deren zukünftigen Schicksals willen die drei alle Strapazen der anstrengenden Fahrt auf sich nahmen, bewegen sich nämlich seit 1945 so gut wie frei im Verkehr, zum Ärger der Stadtbewohner.

Wohl stellt Polizeichef Mühlischs Bielefelder Stadtpolizei den Damen gelegentlich nach, aber im Grunde ist die Polizei nach den bestehenden Gesetzen nicht in der Lage, etwas auszurotten, was es ohnehin bereits seit der Zeit der alten Ägypter gibt\*\*. Außerdem weicht die Damengesellschaft, wenn sie in einem Stadtteil polizeilich gepesackt wird, in einen anderen Stadtteil aus.

Zeitweilig wurde sogar der Alte Friedhof am belebten Jahnplatz für den nächtlichen Marktbetrieb ausgenutzt, bevor der Gottesacker eingezäunt und geschlossen wurde. Heute sind die Anlagen am Sickerwall und das Freigelände hinter dem Güterbahnhof besonders günstige Punkte.

Vor allem aber die „Oase“ am Sparrenberg, ein Etablissement mit Nachtbetrieb (in der Nachbarschaft einer Roß-Schlachtereie), und eine dreistöckige Hausruine Ecke Breite- und Rosenstraße, deren fußhoch mit Wasser bedeckten Kellerräume

\*) Aus einer Rede, die Schumacher am 9. 10. 1951 in der Hamburger Ernst-Merck-Halle hielt.

\*\* Nach Paragraph 361, Ziffern 6 bis 6c, StGB, kann nur mit Haft (oder Geldstrafe bis zu 150 DM) bestraft werden, wer in der Nähe von Kirchen, Schulen oder in mittel- oder unmittelbarer Anwesenheit von Jugendlichen zwischen 3 und 18 Jahren einem unzüchtigen Gewerbe nachgeht oder jemand mit dem Anerbieten zur Unzucht belästigt.

von nächtlichen Amouren zeugen, gelten in Bielefeld als Stätten der Lust.

Zweck der Reise des Grafen Baudissin und seiner Begleitung war es nun, mit westfälischer Gründlichkeit am Beispiel anderer Städte zu lernen, wie diese Zustände geändert werden könnten.

Ein Bundesgesetz mit allgemein gültigen Vorschriften gibt es hierzu nämlich bis heute nicht, obgleich Beauftragte der Gesundheitsministerien der westdeutschen Länder seit etwa zweieinhalb Jahren über dem Entwurf zu einem solchen Gesetz brüten.

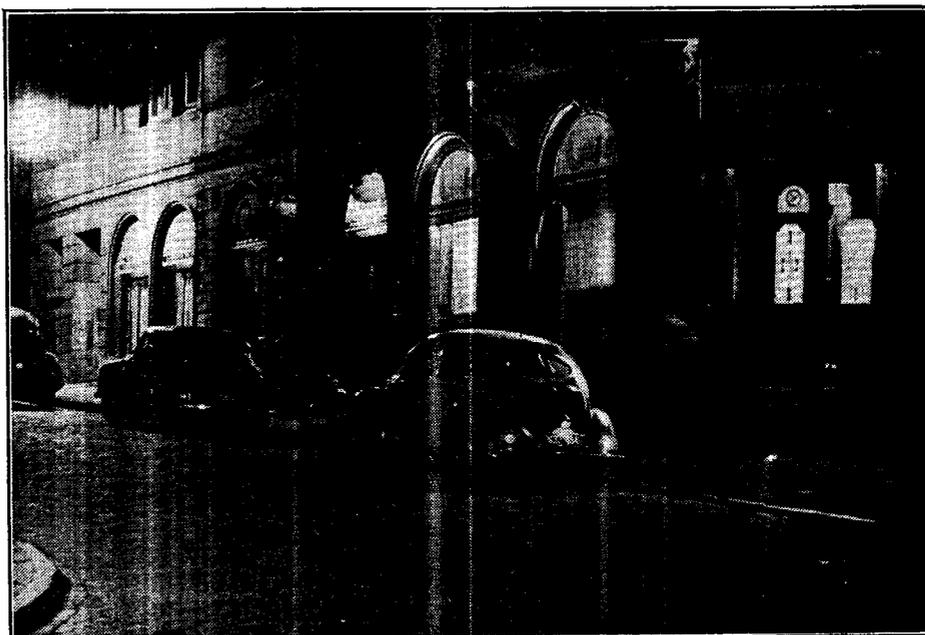
Die augenblickliche Rechtsunsicherheit kommt daher, daß zwar das Reichsgesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 öffentliche Häuser verbietet. Andererseits aber der sogenannte (juristisch umstrittene) Himmeler-Heydrich-Erlass vom 9. September 1939 existiert, der diese Einrichtungen, mit Einschränkungen, wieder erlaubt. Dies ist auch der Grund, weshalb der Kuppelparagraph (Paragraph 180, StGB) mehr

einen Gewerbeschein haben. Ihr Alter bewege sich zwischen zartester Jugend von kaum 15 Jahren und der späten Blüte von 65.

„Die Kunden sind“, berichtete Baudissin den interessierten Bielefelder Stadtvätern, „zum großen Teil Angehörige der Besatzungsmacht, darunter Neger, die im Besitz großer Geldmittel sind und einen ungewöhnlichen Anziehungspunkt bilden.“ Wenn am Monatsende in den Kasernen Löhnungsappell sei, kämen Damen sogar aus Hamburg und Köln nach Frankfurt angereist, „um diese Dinge mit zu genießen“.

Dies sei dann allerdings auch die Gelegenheit, bei der Polizei und Gesundheitsamt mit motorisierten Stoßtrupps wahre Treibjagden in den Taunusanlagen, in der Altstadt und um den Bahnhof herum veranstalten, um vor allem das Treiben der Unkonzessionierten einzudämmen.

„Andere Verhältnisse haben wir in Köln erlebt“, berichtete der Graf Baudissin in Bielefeld weiter, „wenn auch dort



Keine öffentliche Regelung: Bielefelder „Oase“

oder weniger weich ausgelegt wird\*), auf den Gefängnis nicht unter einem Monat steht.

Die drei Bielefelder Persönlichkeiten kamen auf ihrer Reise zuerst nach Frankfurt. In Frankfurt gibt es rund dreißig Kneipen, die sich zu einschlägigen Studien eigneten. Einen großen Teil von ihnen haben Baudissin, Bredenbeck und Fräulein Asholt von außen und innen eingehend besichtigt, wie sie in geschlossener Sitzung den Bielefelder Stadträten darlegten. Es sind Lokale, „wo wir“, wie Graf Baudissin aus seiner kommunalen Erfahrung in Bielefeld vergleichsweise anführen konnte, „nach unseren Grundsätzen niemals eine Konzession erteilen würden, weil sie zum Teil baufällig sind, zum Teil Kellerlöcher . . .“

Nichtsdestoweniger werden diese Kellerlöcher („natürlich gibt es auch bessere Lokale“) von Damen bevölkert, deren Zahl der Graf für Frankfurt mit rund 2000 angibt, von denen allerdings nur etwa 400

das Kapitel Besatzungsmacht nicht so ins Auge springt, weil die Engländer über weniger Geld verfügen.“

Die Verhältnisse sind, nach Baudissins Studienbericht, in Köln anders als in Frankfurt, weil der Kölner Magistrat mit seinen rund 250 Konzessionierten eine Art gentlemen's agreement getroffen hat. Er hat ihnen nämlich nett eingerichtete Häuschen gebaut, in denen sie mit einer gewissen Behaglichkeit wohnen können.

Als für den ästhetischen Geschmack nachteilig empfanden der Graf und seine Begleitung dabei nur, daß die Straßen, in denen diese Häuschen liegen, auf Hauptverkehrsstraßen münden. „Man sieht Menschenansammlungen, Kunden oder Neugierige, man wird angesprochen . . .“

Als Vorzug wird dagegen gepriesen, daß die Bewohnerinnen der Häuschen „selbständige und wirtschaftlich unabhängige Mieter“ sind. Der Magistrat übe nur eine lockere Aufsicht aus.

Einwurf von Staatsanwalt Dr. Becker in der Bielefelder Ratskeller-Sitzung: „Ein gefährdetes Mädchen sieht dieses Bild und nicht den Schmutz und das Elend, dem es anheimfällt. Es hofft, beinahe als städ-